



Pressemitteilung

Eltern kämpfen um finanzielle Unterstützung seitens des Landes für Raumbau an Schulen im Zuge von G9 – Große Beteiligung an Online-Petition und Postkarten-Aktion

Der Unmut der Eltern, deren Kinder ein Gymnasium in freier Trägerschaft besuchen, ist groß. Denn im Zuge der Rückkehr zu G9 entsteht erhöhter Raumbedarf, der in den nächsten Jahren durch Um- und Ausbau geschaffen werden muss. Jedoch: Für die Ersatzschulen (Schulen in freier Trägerschaft) ist bisher – anders als für die staatlichen Gymnasien – dafür keine finanzielle Unterstützung vom Land NRW vorgesehen. Diese Not hat die Katholische Elternschaft Deutschlands, Landesverband NRW (KED in NRW), erkannt und eine Online-Petition ins Leben gerufen, in der die Landespolitik aufgefordert wird, diesen Missstand zu beheben. Über 11000 Eltern haben bereits unterzeichnet. Zudem haben sich tausende von Eltern mit einer Postkarte „#G9 braucht Raum“, ebenfalls initiiert von der KED in NRW, an den bisherigen Ministerpräsidenten Armin Laschet gewandt, sich dafür einzusetzen, dass die Ersatzschulen finanziell unterstützt werden.

Zum Hintergrund der Aktionen erklärt Andrea Honecker, Vorsitzende der KED in NRW, dass der Landtag Nordrhein-Westfalen im Juli 2018 die Rückkehr zum neunjährigen Bildungsgang an Gymnasien beschlossen und festgestellt hat, dass mit der Umstellung auf die Schulträger erhebliche Kosten, insbesondere für Investitionen, zukommen. Zum Ausgleich habe der Landtag am 2. Juli 2019 das „Belastungsausgleichsgesetz G9“ verabschiedet. „Damit werden den kommunalen Schulträgern 518 Millionen Euro zum Ausgleich investiver Kosten zugesichert, die sich notwendigerweise bei der Einrichtung einer zusätzlichen Jahrgangsstufe ergeben. Dies gilt aber nicht für die Ersatzschulen“, so Andrea Honecker. Bis heute gebe es für sie keine verbindliche Zusage.

„Und das, obwohl fast 17% aller Schüler*innen an Gymnasien in Nordrhein-Westfalen eine Schule in freier Trägerschaft besuchen. Dass das Land diese im Stich lässt, ist nicht zu begreifen, zumal der Wechsel auf G8 und wieder zurück auf G9 eine Entscheidung der Politik war“, betont die Vorsitzende der KED in NRW. Die Folgekosten daraus sollten deshalb auch für alle Schulen refinanziert werden. Wenn es keine Planungssicherheit für die Ersatzschulen gebe, stünde in vielen Fällen in Frage, ob überhaupt benötigte Räume ausgebaut werden könnten, sagt Andrea Honecker. „Es muss schnell gehandelt werden, da die Maßnahmen mehrere Jahre Vorlaufzeit brauchen.“ Zudem sei zu bedenken, dass, wenn Mittel für den zusätzlichen Raumbedarf fehlen, als Konsequenz bereits im nächsten, spätestens im übernächsten Jahr die Zügigkeit reduziert werden müsse. „Gerade kleine Träger kann dies treffen. Sie werden gezwungen, ihre Schülerzahlen zu reduzieren und weniger Klassen aufzunehmen, mitunter auch ihre Differenzierungsangebote und die Auswahl an Kursen in der Oberstufe zu begrenzen“, so Honecker. „Eltern haben ein in der Verfassung garantiertes Recht auf freie Schulwahl: es steht ihnen frei, ihr Kind an einer Ersatzschule bzw. Schule in freier Trägerschaft anzumelden“, stellt Andrea Honecker fest, „das bereichert unsere Bildungslandschaft.“

Andrea Honecker, Vorsitzende der katholischen Elternschaft in NRW
4.10.2021

KED IN NRW, OXFORDSSTRASSE 10, 53111 BONN
TEL. 0228-2426 6366, FAX: 0228-18030333, INFO@KED-NRW.DE
BEIM MINISTERIUM FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN
ANERKANNTER ELTERNVERBAND DER DIÖZESANVERBÄNDE AACHEN, ESSEN, KÖLN, MÜNSTER UND
PADERBORN